

Im Kommuniqué heißt es auch, daß zwischen beiden Seiten eine "kontinentale Landbrücke" zwischen Europa und Asien entstehen soll.

Während des Tschernomyrdin-Besuches unterzeichneten beide Nachbarländer sieben Kooperationsabkommen, u.a. über die Verwaltung der gemeinsamen Grenze, den Seetransport, den Schutz von Naturrohstoffen und den Schutz der Fischereigebiete in den Grenzgewässern.

Konflikte scheint es zwischen beiden Seiten kaum noch zu geben - zumindest haben sie sich stark verringert: Zu erwähnen sind Reibereien auf nuklearem Gebiet, Zusammenstöße in benachbarten Seegebieten und bevölkerungs- sowie siedlungspolitische Entwicklungen. (Näheres dazu C.a., Dezember 1993, S.1170.) -we-

Innenpolitik

* (3)

Präludium zum fünften Jahrestag der Unterdrückungsmaßnahmen von 1989

In einer ungewöhnlich offenen Stellungnahme zur "politischen Affäre" (*zhengzhi fengbo*) des Frühsommers 1989 (so die offizielle Bezeichnung für die damalige städtische Protestbewegung und die militärische Unterdrückung am 4. Juni in Beijing) hat Staats- und Parteichef Jiang Zemin im Mai die Repressionsmaßnahmen als notwendig und zuträglich für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in China gerechtfertigt. "Hätten wir damals nicht jene resoluten Maßnahmen ergriffen, dann gäbe es heute keine Stabilität in China. Eine schlechte Sache wurde zu einer guten Sache... Die [chinesische] Geschichte belegt, daß alles, was der Stabilität in China nützt, eine gute Sache ist." (RMRB, 13.5.94) Die gleichen Positionen soll Jiang, der 1989 nicht führend an der Entscheidung zur militärischen Repression beteiligt war, während einer Politbüro-Sitzung Anfang Mai vertreten haben. Einige der mächtigsten Militärführer sollen sich seiner Beurteilung nachdrücklich angeschlossen haben. (ZM, 94/6, S.6-8)

Im Vorfeld des Jahrestages hatten die chinesischen Sicherheitskräfte ihre Präsenz in den politischen Zentren des

Landes massiv verstärkt. In einem Zirkular der Zentralregierung waren sie dazu aufgerufen worden, jede Form von "Sabotageaktivitäten" im Keim zu ersticken. Bewaffnete Volkspolizei, Sondereinheiten zur Unruhebekämpfung und mechanisierte Truppenverbände hatten sich landesweit in Bereitschaft zu halten. Allein in der Hauptstadt Beijing sollen bis zu hunderttausend Mann starke Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei stationiert worden sein.

Nach Meldungen der Hongkonger Zeitschrift *Dangdai* (Gegenwart) wurde seit Anfang dieses Jahres das Personal des Sicherheits- und Justizapparats um etwa 130.000 Frauen und Männer aufgestockt, um dem Verfall der öffentlichen Ordnung zu begegnen. Es handele sich um den größten Neueinstellungsschub seit den umfassenden Kampagnen zur Verbrechensbekämpfung vor zehn Jahren. (*Dangdai*, 15.5.94, S.18-19; *Ming Bao*, Hongkong, 1.6.94; SCMP, 25.5.94)

In einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch/Asia (ehemals Asia Watch) wurden Fälle von 500 Gefangenen (meist Arbeiter und Bauern, deren Namen im Westen bisher nicht bekannt waren) dokumentiert, die im Zusammenhang mit den Unterdrückungsmaßnahmen von 1989 inhaftiert worden sein sollen. Man müsse annehmen, daß landesweit immer noch Tausende von Teilnehmern an den Protestkundgebungen in Lagern und Gefängnissen säßen. (*The Economist*, 21.5.94, S.61)

Das chinesische Justizministerium begnügte diesem Bericht mit der Versicherung, daß die "überwältigende Mehrheit" der damals Verhafteten inzwischen freigelassen worden sei. Die 500 von der Menschenrechtsorganisation aufgeführten Fälle existierten nicht. Das Ministerium machte allerdings keine Angaben darüber, wie viele der damals Verhafteten heute noch in Gefängnissen sitzen. (Xinhua, 23.5.94, nach SWB, 26.5.94; FAZ, 25.5.94)

Sieben auf freiem Fuß befindliche Studentenfürher der Bewegung von 1989 (darunter Wang Dan, Zhai Weimin und Guo Haifeng) richteten Ende Mai eine Eingabe an den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses, in der sie eine Neubewertung der Ereignisse als "patriotische demokratische Bewegung", die Freilassung aller

wegen ihrer Beteiligung verhafteten Personen und staatliche Hilfen für die von der Unterdrückung geschädigten Familien und Aktivisten forderten. Es gab keine offizielle Stellungnahme zu dieser Eingabe; die Observierung der Dissidenten wurde jedoch verschärft. (Kyodo News Service, 26.5.94, sowie *Xin Bao*, Hongkong, 27.5.94, nach SWB, 27./28.5.94) -hei-

*(4)

Weitere Anzeichen für eine Belebung der Volkskongresse

Die von Kritikern des Regimes häufig als "Abstimmungsmaschinen" (*biaojue jiqi*) verspotteten Volkskongresse lassen nach Berichten verschiedener Hongkonger Nachrichtenmagazine auch nach der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) deutliche Anzeichen für eine interne Belebung erkennen. (Siehe "Das Innenleben eines 'Zustimmungsparlaments'", C.a., 94/3, S.266-275.)

So soll ein Teil der Delegierten auf der diesjährigen Plenartagung des städtischen Volkskongresses von Beijing im April folgende Forderungen und Beschwerden vorgebracht haben:

- Bei der Wahl des Bürgermeisters müsse es künftig eine Auswahl unter mehreren Kandidaten geben, an deren Nominierung das Plenum mitzuwirken habe;
- Mitglieder der städtischen Regierung sollten zur Offenlegung der Vermögensverhältnisse ihrer Familie verpflichtet werden, um einem Mißbrauch von Amtspositionen zur privaten Bereicherung vorzubeugen. Unter den Führungskadern der städtischen Behörden nähmen bis zu 85 Prozent gleichzeitig Positionen in Unternehmen ein, was Korruption und Amtsmissbrauch fördere.
- Die Stadtregierung vernachlässige den Ausbau des Erziehungs- und Ausbildungswesens.
- Eine Amnestie für diejenigen verurteilten Demonstranten, die sich an den Protesten von 1989 gewaltlos beteiligt hatten, könne dazu beitragen, Vertrauen in der Bevölkerung zu gewinnen.

Die Führung des städtischen Volkskongresses bemühte sich, durch Überzeugungsarbeit in Kleingruppen-Sit-

zungen die Bedenken der Delegierten zu zerstreuen, konnte jedoch nicht alle kritischen Stimmen zum Schweigen bringen. Nur die Delegation der Armee soll in den Abstimmungen geschlossen die Stadtregierung unterstützt haben. Auf Anweisung des ZK-Sekretariats der Kommunistischen Partei, das den Ablauf der Volkskongreß-Tagungen im Land beaufsichtigt, sei deshalb beschlossen worden, in Zukunft von den Abgeordneten strikte politische Loyalität zu fordern, die Leitungskompetenzen gegenüber den Delegierten zu verstärken und strittige Fragen möglichst nicht im Plenum zu diskutieren. (DX, 94/5, S.16-17)

Auch auf einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des NVK (der Ständige Ausschuß stellt das chinesische "Ersatzparlament" dar, das die Gesetzgebungstätigkeit zwischen den Jahrestagungen des NVK-Plenums wahrnimmt) Mitte Mai wurde ein unliebsamer Antrag von 20 der insgesamt 134 Abgeordneten eingebracht: Der Minister für Öffentliche Sicherheit, Tao Siju, solle die Verantwortung für die unzureichende Verbrechensbekämpfung im Land übernehmen und sein Amt zur Verfügung stellen. Offenbar wurde der Antrag aber nicht verhandelt. (ZM, 94/6, S.19)

NVK-Präsident und Politbüro-Mitglied Qiao Shi arbeitet unterdessen zielbewußt auf eine Ausweitung der Kompetenzen und des Status der Volksvertretungen hin. Drei Reformprojekte tauchen immer wieder in seinen Reden auf:

- Um die Rechtsentwicklung voranzutreiben, könnten regionale Volkskongresse die Gesetzgebung in Bereichen selbst vornehmen, in denen noch keine national verbindlichen Gesetze durch den NVK verabschiedet worden sind.
- Die Gesetzesinitiative und die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen müssen von Regierungsabteilungen in die Fachausschüsse der Volkskongresse verlagert werden, um die Eigenständigkeit und Kontrollfunktionen der Legislative zu stärken.
- Die Mängel im Gesetzesvollzug und in der Rechtsprechung sollten mit Hilfe einer verstärkten Kontrolle durch die Volksvertretungsorgane sowie durch Fortbildungsprogramme für Verwaltungs- und Justizbeamte bekämpft werden.

Da der Nationale Volkskongreß bisher über kein Presseorgan verfügt (anders als etwa die Parteizentrale mit der *Volkszeitung (Renmin Ribao)* oder die Regierung mit der *Wirtschaftszeitung (Jingji Ribao)*), soll im Ständigen Ausschuß des NVK wiederholt gefordert worden sein, entweder die *Zeitung des Rechtswesens (Fazhi Ribao)*, die dem Justizministerium zugeordnet ist und diesem beachtliche Profite bringt) zu übernehmen oder eine neue Zeitung mit dem Titel *Stimme des Volkes (Renmin zhi Sheng)*, eigentlich ein beliebter Titel für Dissidenten-Blätter) herauszugeben. Bisher hat sich die ZK-Propaganda-Abteilung diesen Anliegen verschlossen. Der Selbstbehauptungswille der Volksvertretungen gegenüber Partei und Regierung, der sich in solchen Initiativen ausdrückt, scheint jedoch zu wachsen. (*Dangdai*, Hongkong, 15.5.94, S.23-24) -hei-

*(5)

Polizeivorschriften zur Bekämpfung illegaler Organisationen

Um einer organisatorischen Verfestigung politischer wie auch religiöser oppositioneller Kräfte entgegenzutreten, hat der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses (NVK) Mitte Mai die Sicherheitskräfte ermächtigt, gegen "Verletzungen der öffentlichen Ordnung" härter vorgehen zu können. Die Verschärfung der Polizeivorschriften geht auf eine Vorlage des Ministers für Öffentliche Sicherheit, Tao Siju, zurück, dem aus den Reihen der Abgeordneten kürzlich Amtsversagen wegen der wachsenden Kriminalität im Lande vorgeworfen worden war.

Die Vorschriften richten sich unter anderem gegen folgende Tatbestände:

- Gründung von gesellschaftlichen Vereinigungen ohne die erforderliche offizielle Registrierung (wie es Dissidenten häufig praktizieren).
- Aktivitäten kultisch-religiöser Sekten und krimineller Geheimbünde (siehe auch Thema "Das Potential für Unruhen in der VR China").
- Anstiftung von Konflikten zwischen ethnischen Gruppen.
- Verbreitung politischer Gerüchte zur Störung der öffentlichen Ordnung.

Der Sicherheitsapparat erhält hiermit zusätzliche Möglichkeiten, gegen die sich in den letzten Jahren entfaltenden Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation vorzugehen, die von der politischen Führung als Bedrohung für das Machtmonopol der Kommunistischen Partei wahrgenommen werden. (XNA, 5.5.94) -hei-

*(6)

Todesurteile und Hinrichtungen 1993

Nach Informationen der Menschenrechtsorganisation amnesty international sind in China 1993 so viele Menschen wie nie zuvor zum Tode verurteilt worden. Im letzten Jahr registrierte die Menschenrechtsorganisation 2.564 Todesurteile, von denen mindestens 1.419 vollstreckt wurden. Damit sind etwa 62 Prozent der weltweit registrierten Hinrichtungen in der VR China ausgeführt worden. (FAZ, 6.5.94) -hei-

*(7)

Unabhängige Rechtsprechung gefordert

In einem Artikel auf ihrer Titelseite hat die dem Justizministerium zugeordnete *Zeitung des Rechtswesens (Fazhi Ribao)*, 23.5.94 eine von administrativer Gängelung unabhängige Justiz (*sifa dili*) gefordert. Die Wirtschafts-gesetzgebung sei zwar in den vergangenen Jahren rasch vorangekommen, aber der Gesetzesvollzug und die Rechtsanwendung könnten nur durch eine in ihrer Unabhängigkeit beträchtlich gestärkte Justiz gesichert werden. In den meisten Staaten - verwiesen wird speziell auf Argentinien und Japan - werde die Trennung zwischen Verwaltung und Rechtsprechung als Grundprinzip des politischen Systems und als Voraussetzung für eine funktionierende marktwirtschaftliche Ordnung verstanden. Im chinesischen Rechtssystem aber bestünden große Mängel. Die Gerichte und Staatsanwaltschaften seien allzu oft auf eine Rolle als Weisungsempfänger der Exekutive beschränkt.

Für eine effektive Bekämpfung der Korruption und für die Errichtung einer Marktwirtschaft sei der Aufbau einer unabhängigen Justiz dringend erforderlich, um dem Amtsmissbrauch durch Staatsbedienstete und anderen Unregelmäßigkeiten Einhalt zu gebie-

ten. "Wenn sogar die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und das im Aufbau befindliche Anwaltsystem verschmutzt (*wuran*) sind und kein Vertrauen in der Bevölkerung genießen, dann sind es nur leere Worte, wenn wir über die Errichtung einer auf dem Prinzip des fairen Wettbewerbs ruhenden sozialistischen Marktwirtschaftsordnung reden."

Für eine Aufwertung der Gerichte macht sich nicht nur die *Zeitung des Rechtswesens* stark. Auch die neugegründeten Verbände der chinesischen Richter (*Zhongguo faguan xiehui*) sowie der Richterinnen (*nü faguan xiehui*) könnten zur Stärkung des institutionellen Gewichts der Gerichtsbarkeit beitragen. Den Vorsitz des Richterverbandes übernahm der Präsident des Obersten Volksgerichtshofs, Ren Jianxin, der Mitglied des ZK-Sekretariats der Kommunistischen Partei ist und sich in letzter Zeit als einer der führenden Köpfe des chinesischen Sicherheits- und Justiz-Establishments profiliert hat. Nach offiziellen Angaben gibt es in der VR China zur Zeit 156.000 hauptamtliche Richter, darunter 23.000 Frauen. Mehr als 40.000 Richterinnen und Richter sollen in den nächsten Jahren hinzukommen. (XNA, 8.5.94; Xinhua, 25.5.94, nach SWB, 13.6.94)

Außerdem ist zur Zeit ein Entwurf für ein Richtergesetz in Arbeit, der allerdings nicht so weit geht wie die in der *Zeitung des Rechtswesens* formulierten Forderungen: Richterliche Unabhängigkeit wird es dem Text des Entwurfs zufolge nicht geben. Richter sollen Funktionäre bleiben, ihre Rechtsposition und ihre Kompetenzen aber gestärkt werden.

Auch ein Gesetz, das die Tätigkeit privater Anwaltskanzleien regeln soll, steht auf der Agenda für das kommende Jahr. Die Widerstände in der Beijing Regierung scheinen hier aber beträchtlich zu sein. Nach offiziellen Angaben gab es 1993 in China 30.400 Vollzeit-Anwälte (eine Zunahme gegenüber 1992 von rund 37 Prozent) und 5.100 Anwaltskanzleien (ein Wachstum von 23 Prozent), von denen allerdings nur rund 500 als weitgehend unabhängig von staatlicher Einflußnahme eingestuft werden können. (Xinhua, 6.4. bzw. 5.5.94, nach SWB, 7.5. bzw. 10.5.94; SCMP, 9.5.94) -hei-

Kultur

*(8)

75 Jahre 4.Mai-Bewegung: Der verlorene Geist des 4.Mai

In diesem Jahr jährte sich die 4.Mai-Bewegung, die große geistig-kulturelle Revolution der Jahre um 1919, zum 75. Male. Ein solches Jubiläum hätte von seiten der politischen Führung Chinas große Aufmerksamkeit verdient, indem man die Bewegung auf Veranstaltungen und in den Medien breit gewürdigt hätte. Schließlich sieht die KP Chinas ihre Gründung als unmittelbaren Ausfluß der 4.Mai-Bewegung. Gerade dieser Umstand hat allerdings auch dazu geführt, daß die Partei die Epoche des 4.Mai gänzlich für ihre Zwecke vereinnahmte und somit eine sachliche Bewertung der damaligen Ereignisse und Entwicklungen verhindert wurde. Dennoch ist die Partei an den vergangenen Jahrestagen des 4.Mai in der Regel zumindest auf historische Teilaspekte der damaligen Zeit eingegangen, wobei immer das gerade für ihre jeweilige Politik Passende ausgewählt wurde. So gibt die jeweilige offizielle und sich im Laufe der Jahre ständig wandelnde Interpretation des 4.Mai nicht nur Aufschluß über die Sicht des historischen Ereignisses, sondern immer zugleich auch über die jeweilige politische Linie der Partei. (Vgl. dazu den Artikel "Die Manipulation des Geistes des 4.Mai durch die KPCh" (chin.), *Dongxiang* (Hongkong), 1994/5, S.39-41.)

Als Belegstücke für die sich wandelnde Interpretation und für das, was der Partei jeweils wichtig erscheint (bzw. wofür die 4.Mai-Bewegung jeweils instrumentalisiert wird), können die Leitartikel dienen, mit denen die *Volkszeitung* in schöner Regelmäßigkeit alljährlich am 4.Mai aufwartet. Der Leitartikel dieses Jahres (vgl. RMRB, 4.5.94) ruft insofern Erstaunen hervor, als er auf die Zeit vor 75 Jahren überhaupt nicht eingeht, sondern ganz auf die Zukunft gerichtet ist. Bemerkenswert ist auch, daß er sich ausschließlich an die Jugend richtet. Dies liegt zwar nahe, weil der 4.Mai in der Volksrepublik zum Tag der Jugend gemacht wurde, im allgemeinen aber wurden in den letzten Jahren haupt-

sächlich die Intellektuellen angesprochen, die eigentliche Trägergruppe der Bewegung des 4.Mai.

Der jüngste Leitartikel trägt die Überschrift "Die historische Aufgabe an der Schwelle zum [nächsten] Jahrhundert übernehmen". Gäbe es nicht den Untertitel "Zum Gedenken an den 75.Jahrestag der 4.Mai-Bewegung", würde man ihn nicht als einen solchen Gedenkartikel ansehen. Er beginnt mit der Feststellung, daß in nur sechs Jahren die Schwelle zum 21.Jh. übertreten werde. In diesem historischen Augenblick ruhten Zukunft und Hoffnung des Landes auf der Jugend; von deren Haltung und geistigem Zustand hänge die Zukunft der chinesischen Nation im nächsten Jahrhundert ab. Im folgenden werden der Jugend der ideelle Rahmen und Weg vorgegeben, d.h. die Erwartungen der Partei an die Jugend. Als übergeordnetes Ziel für das 21.Jh. wird der "Aufschwung Chinas" (*zhengxing Zhonghua*) hingestellt, dem sich die Jugend mit ganzer Kraft zu widmen habe. Gefordert werden zu diesem Zweck große Ideale, hartes Studium, harte Aufbauarbeit, hohe Moral und Verantwortungsbewußtsein. Lediglich in diesem Zusammenhang wird das historische Datum erwähnt, allerdings äußerst distanziert, wenn es heißt, die Jugend solle "die glorreiche Tradition des 4.Mai ererben und weiterentwickeln". Von dem historischen Ereignis selbst ist nichts mehr übriggeblieben.

Statt dessen wird die Notwendigkeit betont, daß sich die Jugend auf Deng Xiaopings "Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung" stütze und unerschütterlich hundert Jahre an der Grundlinie der Partei festhalte. Es sei von weitreichender historischer Bedeutung für die Zukunft und das Schicksal Chinas, die junge Generation in der Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung zu erziehen. Als konkrete Aufgaben werden die Anhebung der Qualität der Jugend und die Ausbildung einer großen Menge hervorragender Fachleute genannt, denn im internationalen Wettbewerb komme es auf wirtschaftliche Stärke und umfassende nationale Stärke an, und diese würden ihrerseits durch den Wettbewerb in Wissenschaft und Technik und damit der jeweiligen Fachleute entschieden. Neben der Aneignung von Kenntnissen in Wissenschaft und Technik und in der "sozialistischen